

Anfragen zum Plenum in der 14. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo genau gibt es bisher stationäre Lkw-Kontrollstellen auf bayerischen Autobahnen, wie sind die einzelnen Kontrollstellen ausgestattet und wo ist der Bau bzw. die Errichtung neuer Kontrollstellen in Planung?

Horst Arnold
(SPD)

Angesichts der Suspendierung der ungarischen Fidesz-Partei aus der Europäischen Volkspartei (EVP) vom 20.03.2019 frage ich die Staatsregierung, ob für sie ungeachtet dessen weiterhin die von ihr wiederholt getätigte Aussage gilt, wonach Ungarn „zweifelsfrei auf rechtsstaatlichem Boden“ stehe, ob sie die Kritik der ungarischen Regierung an der EU auch weiterhin als „teilweise berechtigt“ einstuft und ob bzw. inwieweit die Suspendierung eine Anpassung des Umgangs der Bayerischen Staatsregierung mit der ungarischen Regierung notwendig macht?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem sich mittlerweile die Anzeichen mehren, dass die Landkreise Wunsiedel und Kulmbach für einen Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern bekommen, frage ich die Staatsregierung, werden die Landkreise Wunsiedel und Kulmbach für ihre Beitrittsbestrebungen zum VGN vom Freistaat Bayern finanziell unterstützt, wenn ja, wie hoch sind jeweils die vorgesehenen Mittel und wann kommen diese zur Auszahlung?

Franz Bergmüller
(AfD)

Nachdem die „Energiewende“ politisch gewollt ist und die Politik damit verbundene Kosten auf den Strompreis umlegt, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat sie über den auf der jüngsten Präsentation der Bilanz der Wacker-Chemie vorgestellten Gedanken, die Polysiliziumproduktion von Burghausen nach Charleston/USA zu verlagern (bitte chronologisch aufschlüsseln), ist die Aussage des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI aus der Zusammenfassung der Untersuchung vom Juli 2015 „Stromkosten der energieintensiven Industrie – Ein internationaler Vergleich“ von S. 67 zutreffend, dass im groben Vergleich die Strompreise für Abnehmer der Großchemie in den USA und auch in Frankreich etwa 50 Prozent niedriger liegen als die Strompreise für gleichartige Abnehmer aus der Großchemie in

Deutschland und welche Erfolge haben Initiativen der Staatsregierung bei der Schließung derart auseinanderklaffender Strompreise für die chemische Großindustrie zwischen Deutschland und den USA erzielt (bitte seit 2013 jährlich aufschlüsseln)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem unter anderem bekannt wurde, dass die rechtsextreme Szene im Bundesland Sachsen über Zugriff auf mehr als 60 Objekte verfügt (vgl. <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/neonazi-immobilien-sachsen-2018/>), frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Zahl der Immobilien ist, auf die Rechtsextreme in Bayern Zugriff haben (gemietet, gepachtet oder im Eigentum befindlich) und die für Treffen, Feiern, Konzerte usw. genutzt werden, wie hoch die Zahl rechtsextremistischer Geschäfte und Vertriebsfirmen in Bayern ist und auf welche Höhe sich nach Kenntnis der Staatsregierung schätzungsweise deren Einnahmen belaufen?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem im Zusammenhang mit dem Skandal um chemisch verseuchte Fische in den Landkreisen Freising und Dachau Malachitgrün auch in Gewässer, insbesondere die Moosach, gelangt ist, das EU-weit als umwelt- und wassergefährdender Stoff eingestuft ist (sehr giftig für Wasserorganismen, kann in Gewässern längerfristig schädliche Wirkungen haben), frage ich die Staatsregierung, welche Untersuchungen dazu bisher von den zuständigen Behörden durchgeführt wurden (bitte mit jeweiligem Datum, Art und vollständigen Ergebnissen der Untersuchungen – bitte Untersuchung in Kopie beifügen), zu welchen konkreten Ergebnissen diese Untersuchungen gekommen sind und welche behördlichen Handlungen und Schlussfolgerungen daraus gefolgt sind?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft haben S-Bahn-Züge in den letzten sechs Monaten an Stationen der S-Bahn München außerplanmäßig nicht gehalten, sondern sind z. B. zum Verspätungsabbau durchgefahren, welche Halte waren davon betroffen und welche Pönalen wurden von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) verhängt für die Nichtbedienung der Halte und das Stehenlassen der Fahrgäste?

Michael Busch
(SPD)

Angesichts widersprüchlicher Aussagen der Staatsregierung in den vergangenen Tagen zur Frage der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen in Bayern frage ich die Staatsregierung, ob sie eine Ausweitung der derzeit gültigen Regelungen für sinnvoll bzw. notwendig erachtet, ob sie dementsprechend eine solche Ausweitung konkret anstrebt, sowie – bejahenden- und verneinendenfalls – welche Überlegungen sie zu der jeweiligen Haltung kommen lassen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Anmeldezahlen der Schüler und Schülerinnen an den Berufsfachschulen der nichtärztlichen Heil- und Assistenzberufe in Unterfranken in den Schuljahren 2017/2018, 2018/2019 und 2019/2020 (aktueller Stand) entwickelt haben (bitte nach den verschiedenen Standorten der Berufsfachschulen sowie den einzelnen Heilmittelberufen aufschlüsseln)?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie bei der digitalen Ausstattung der Schulen Leasing oder Mieten von Geräten im Vergleich zur Anschaffung ein, werden die Schulen ebenfalls durch staatliche Gelder unterstützt, wenn sie ältere Geräte wieder aufbereiten lassen und wie viele der Anträge zum Digitalbudget bezogen sich auf Leasen oder Mieten von digitalen Geräten?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, können bei Flüchtlingen, bei denen noch keine Ausbildung aufgenommen wurde und eine Abschiebung wegen anderen Duldungsgründen aktuell nicht möglich ist, die Ausländerbehörden unter Versagung der Ausbildungsgenehmigung die Flüchtlinge für (Sammel-)Abschiebemaßnahmen vorsehen, wie viele Personen stehen auf der Liste für die Sammelabschiebungen nach Afghanistan und wird die Liste kurzfristig erweitert, auch mit Personen, die ihre Ausbildung beginnen können (bitte zu den Sammelabschiebungen 2019 nach Afghanistan einzeln auflisten)?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelte sich das Grundwasservorkommen in Bayern in den vergangenen zehn Jahren (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk und Landkreis), wie entwickelte sich die jährliche Entnahme in den vergangenen zehn Jahren je Regierungsbezirk (aufgeschlüsselt nach Sektoren Trinkwasser, gewerblicher Verbrauch und Bewässerung in der Landwirtschaft) und wie schätzt die Staatsregierung die Lage in Bezug auf den Klimawandel für die Zukunft ein?

Matthias Fischbach
(FDP)

Vor dem Hintergrund der mit keinem konkreten Betrag eingeplanten Haushaltsmittel für die Umsetzung des DigitalPakt Schule im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 frage ich die Staatsregierung, wie sie plant, bis zum Jahr 2024 die Förderquote von mindestens 10 Prozent der Fördersumme zu erreichen, wie die Sachaufwandsträger, insbesondere finanzschwache Kommunen, bei der Erfüllung herangezogen werden sollen (Art und Umfang) und aus welchen Haushaltsmitteln die Staatsregierung gedenkt, dies zu finanzieren?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sind im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 Mittel für die Raumfahrt-Strategie „Bavaria One“ eingestellt, für die Bayern laut Kabinettsbeschluss vom 02.10.2018 in den kommenden Jahren mehr als 700 Mio. Euro investieren will, und an welcher Stelle sind die vorgesehenen Mittel im Einzelnen zu finden (Einzelplan, Kapitel, Titelgruppen)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da am 14.08.2019 die erste demokratische Verfassung in Bayern 100 Jahre alt wird, frage ich die Staatsregierung, ob es eine Initiative der Staatsregierung gibt – evtl. mit Fördermitteln hinterlegt – diesen Jahrestag an den bayerischen Schulen im Schuljahr 2018/2019 bzw. 2019/2020 mit einem „Verfassungstag“ bzw. einer „Verfassungsfeier“ zu begehen, bejahendenfalls, was ist diesbezüglich vorgesehen (unter Angabe des Zeitplans, der Art der Bekanntmachung an den Schulen, der bereitgestellten Hilfs-

mittel, der bereitgestellten Mitteln im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 und der Veranstaltungsplanung), falls nein, wird es Mittel im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 geben, die eigeninitiativ von Schulen für einen solchen „Verfassungstag“ bzw. „Verfassungsfeier“ abgerufen werden könnten?

Markus (Tessa) Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da sowohl nationale wie internationale Studien zu dem eindeutigen Ergebnis kommen, dass Homo- und Transphobie im Sport zentrale Themen sind und signifikante Probleme für die betreffenden Menschen bedeuten, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie über Diskriminierungserfahrungen von nicht-heterosexuellen und/oder nicht-cisgeschlechtlichen Menschen im Sportbereich in Bayern hat, welche Maßnahmen in Bayern gefördert werden, um homo- und transphobe Strukturen im Sport zu verringern und ob die Staatsregierung plant, die Situation für nicht-heterosexuelle und/oder nicht-cisgeschlechtliche Menschen in Bayern für den Bereich Sport mit Verbesserungsvorschlägen zu evaluieren?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für Lehrkräfte sind von Berufsschulen für das Schuljahr 2019/2020 als Bedarf an die Bezirksregierungen gemeldet worden, wie viele Stellen sind den Schulen für das Direktausschreibungsverfahren zugesagt worden und wie stellt sich das Verhältnis von angemeldeten und zugewiesenen Stellen insgesamt dar?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Projekte wurden über die Tourismus-Förderung PremiumOffensive in den Jahren 2017 und 2018 jeweils in welchem Projektumfang gefördert?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Bundesregierung Ende Januar 2019 ein erweitertes Mahnschreiben zur Umsetzung der FFH-Richtlinie (FFH = Fauna-Flora-Habitat) seitens der Europäischen Kommission erhalten hat, frage ich aufgrund dessen die Staatsregierung, welche Auswirkungen sie auf die bayerischen FFH- und Vogelschutz-Gebiete sowie auf die im Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) definierten Gebiete sieht, insbesondere unter dem Aspekt, dass Projekte und/oder Pläne in Natura 2000-Gebieten streng auf die Verträglichkeit mit den jeweiligen Erhaltungszielen zu prüfen sind, für die die Europäische Kommission erheblichen Nachbesserungsbedarf u. a. hinsichtlich Operationalität und Quantifizierbarkeit einfordert, welche Auswirkungen die bayerische Staatsregierung auf die im Bundesverkehrswegeplan 2030 definierten Vorhaben in Bayern sieht und welche Auswirkungen die Staatsregierung unter besonderer Berücksichtigung der im Managementplan des FFH-Gebiets 7631-371 „Lechauen zwischen Königsbrunn und Augsburg“ formulierten gebietsspezifischen Erhaltungsziele und notwendigen Erhaltungsmaßnahmen speziell im Hinblick auf die laufenden Planungen zur Osttangente Augsburg sieht?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Kiebitzbestand in Stadt und Landkreis München (bitte jeweils Standorte mit Anzahl der Individuen, Brutpaare und Bruterfolge im Jahr 2018 angeben) und welche Schutzmaßnahmen werden an diesen Standorten durchgeführt?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die rechtlichen Grenzen des Neutralitätsgebots politischer Äußerungen von Hoheitsträgern im Zusammenhang mit Volksbegehren in Bayern, sieht die Staatsregierung diese Grenzen im Hinblick auf die Äußerung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer auf YouTube Videos vorgeschalteten Videobotschaft zum Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern ‚Rettet die Bienen!‘“: „Meine Sorge ist, dass der Text des Volksbegehrens viel Gutes enthält, aber eben manche auch schwierige Herausforderungen, die gerade in Konfrontation mit der Landwirtschaft sind. [...] Es kann nicht sein, dass wir am Ende Umwelt- und Landschaftsschutz mit dem Höfesterben dann auf der anderen Seite bezahlen würden. [...] Deswegen möchte ich einen parteiübergreifenden Entwurf auf den Weg bringen, der das Volksbegehren besser macht [...]“ (Zitat aus dem Video) für überschritten und in welchem Umfang haben örtliche Gliederungen politischer Parteien Anspruch auf Abdruck ihrer Auffassungen zum Gegenstand eines Volksbegehrens in Veröffentlichungen der Gemeinde, ähnlich wie dies die vertretungsberechtigten Personen eines Bürgerbegehrens zum Gegenstand des Bürgerentscheids in Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Gemeinde nach Art. 18a Abs. 15 Gemeindeordnung (GO), haben?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele kleinere und mittlere Kommunen haben sich seit Beginn des Programms „Energiecoaching für Gemeinden“ pro Jahr an dem Programm beteiligt, wie viele davon haben sich am anschließenden Programm „Energiecoaching Plus“ pro Jahr beteiligt und wie viele Haushaltsmittel sind im aktuellen Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 für jeweils beide Programme im Einzelnen vorgesehen im Vergleich zu den vorangegangenen Haushaltsjahren (bitte jeweils aufgelistet nach Gemeindegrößen, entsprechenden Finanzmitteln und konkret benannten umgesetzten Projekten)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie im Zusammenhang mit dem erhöhten Risiko von Oberflächenabfluss und Bodenerosion bei der intensiven Nutzung von Agrarfolien in der Landwirtschaft, insbesondere beim Anbau von Spargel- und Erdbeerkulturen, ergreift, um die Gefahr von Oberflächenabfluss und Bodenerosion zu reduzieren, welche Maßnahmen der Landwirte zur Verminderung von Oberflächenabfluss und Bodenerosion gefördert werden und in jeweils welcher Höhe diese Fördergelder in den letzten drei Jahren in Anspruch genommen wurden?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlässlich der von Manfred Weber, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, angekündigten Unterstützung des Freistaates Bayern, an der Central European University (CEU) in Budapest zwei Lehrstühle und einen Stiftungslehrstuhl zu finanzieren (siehe Artikel „Augsburger Allgemeine“ 11.03.2019, <https://azol.de/53755221>), frage ich die Staatsregierung, wie hoch die dafür geplante Fördersumme pro Jahr sein soll, ob diese Mittel schon im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 berücksichtigt sind oder wann die Finanzierung dieser Maßnahmen durch den Freistaat Bayern beginnen soll?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Erkenntnisse über die Anzahl der Pflegefachpersonen vor, die in den letzten zehn Jahren aus der Akutpflege im Klinikbetrieb zu den verschiedenen Berufsbildern der Altenpflege gewechselt haben (bitte aufschlüsseln nach Wechsel in die stationäre, in die ambulante Altenpflege und in Einrichtungen zur Tagespflege) und wie schätzt die Staatsregierung diese Entwicklung zukünftig ein?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern gedenkt das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) bei der Besetzung der Referatsleiterstelle im Referat 44 durch einen Beamten aus der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen bzw. Naturwissenschaft und Technik den Anforderungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gerecht zu werden, wie ist die in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Susanne Kurz zu „Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ vom 12.12.2018 (Drs. 18/358) aufgeführte Teilzeitstelle im Referat „EU-Forschungs- und Technologiepolitik, Technologietransfer, Design, Kultur- und Kreativwirtschaft“ im StMWI ausgestattet (bitte mit Angabe der wöchentlichen Arbeitszeit und der Eingruppierung) und welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Staatsministerien sind für kulturelle Bildung zuständig (bitte mit Angabe der wöchentlichen Arbeitszeit, der Eingruppierung und des Umfangs der Arbeitszeit für die kulturelle Bildung)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld stellt die Staatsregierung im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 konkret für die einzelnen Nationalen GeoParks (Ries, Bayern-Böhmen, Bergstraße-Odenwald und den im Aufbau befindlichen GeoPark Schieferland) zur Verfügung (bitte die Summen einzeln auflisten) und wie plant sie, die Kommunen und Landkreise vor Ort, die sich diesbezüglich einem steigenden Kostendruck etwa beim Personal gegenübersehen, weiter zu entlasten?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich Anzahl und Fläche der Bio-Betriebe in den jeweiligen Ökomodellregionen im Vergleich zum Start der Förderung bis Stand 2019 entwickelt und wie viel Prozent der Betriebe in den jeweiligen Ökomodellregionen befinden sich derzeit in Umstellung auf ökologischen Landbau?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) förderungsfähigen und eingereichten Projekte wurden in Niederbayern für 2019 bewilligt, welcher Finanzbedarf wird dafür benötigt und welche Mittel sind für die Folgejahre geplant?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem laut Art. 32 Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLPIG) die Staatsregierung dem Landtag ab dem Jahre 2008 alle fünf Jahre über den Stand der Raumordnung im Freistaat Bayern, die Verwirklichung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) und über neue Planungsvorhaben von allgemeiner Bedeutung berichtet, der letzte Raumordnungsbericht für die Jahre 2008 bis 2012 jedoch erst im Jahre 2015 (statt 2013) vorgelegt wurde

und nachdem somit der 18. Raumordnungsbericht für die Jahre 2013 bis 2017 im Jahre 2018 hätte vorgelegt werden müssen, frage ich die Staatsregierung, zu welchem Datum sie gedenkt, dem Landtag den 18. Raumordnungsbericht vorzulegen, inwiefern sie plant, den Raumordnungsbericht zu einem Gleichwertigkeitsbericht weiterzuentwickeln (vgl. die Forderung der FREIEN WÄHLER vom 31.01.2018 – Drs.17/20504) und inwiefern die von der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ erarbeiteten Indikatoren in den vier Gerechtigkeitsdimensionen in das Handeln der Staatsregierung eingeflossen sind?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde bei der Abschiebung von Herrn H. in Gostenhof in Nürnberg am 19.03.2019 mit einem massiven Polizeiaufgebot vorgegangen, warum setzt die Staatsregierung nach dem Abschiebeversuch von Asif N. am 31.05.2017 wieder auf eskalierendes Vorgehen der Polizei und warum wurde versucht Herrn H. abzuschieben, obwohl er dokumentiert depressiv und suizidgefährdet war und ist?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personalstellen sind jeweils in den Staatsministerien der Justiz-, des Innern, für Sport und Integration sowie der Finanzen und für Heimat und den nachgelagerten Behörden (insbesondere Landeskriminalamt, Landesamt für Steuern) für die Aufarbeitung der bekannten und der Aufdeckung noch unbekannter Fälle der „CumEx“- , „CumCum“- und „CumFake“-Geschäfte eingeplant (bitte angeben seit 2016 und nach Art des Personals), in wie vielen Fällen werden derzeit Ermittlungen durchgeführt (bitte pro Fall den aktuellen Bearbeitungsstand angeben) und, falls bereits Strafbescheide verschickt wurde, in welcher Höhe liegen die Rückforderungen jeweils?

Doris Rauscher
(SPD)

Angesichts der im Raum stehenden Umsetzungsprobleme, die mit der ab April 2019 geplanten Bezuschussung des Kindergartenbesuchs von monatlich 100 Euro einhergehen, frage ich die Staatsregierung, wie sie die von Trägerseite geäußerte Befürchtung einschätzt, wonach aufgrund der notwendig werdenden Vorleistungen insbesondere kleinere Einrichtungen in finanzielle Schieflage geraten würden, inwieweit sie diese Problematik, die auch Eltern und Kommunen betrifft, zügig und im Sinne aller Beteiligten lösen will, oder ob sich die Staatsregierung vielmehr einheitlich der Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger anschließt, wonach „das bisserl Chaos“ in Kauf genommen werden müsse, um den genannten Einföhrungstermin und darüber hinaus die weitere Auszahlungssystematik (jeweils in der zweiten Hälfte des Quartals rückwirkend) halten zu können?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anschläge auf Moscheen, Moscheevereine und sonstige islamische Einrichtungen gab es nach ihrer Kenntnis seit 2017 in Bayern, wie viele mutmaßlich antimuslimisch oder islamfeindlich motivierte Straftaten außer Übergriffen auf Moscheen, Moscheevereine und sonstige islamische Einrichtungen wurden seit 2017 nach ihrer Kenntnis in Bay-

ern verübt und wie viele islam- bzw. muslimfeindliche Aufmärsche einschließlich Proteste gegen eine angeblich drohende Islamisierung Europas oder den Bau von Moscheen in Bayern fanden nach Kenntnis der Staatsregierung seit 2017 statt (bitte jeweils nach Jahren, Regierungsbezirk, Landkreisen und kreisfreien Städten und Teilnehmerzahl aufschlüsseln)?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gegen wie viele Rechtsextreme – Personen mit Bezügen zur Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) – derzeit nach Erhebung des Bundeskriminalamts zum Stichtag 31.03. unvollstreckte Haftbefehle in Bayern vorliege, wie viele von diesen offenen Haftbefehlen Vollstreckungshaftbefehle sind und wie sich die Zahl der offenen Haftbefehle im Bereich der PMK-rechts zum Stichtag 30.09.2018 verändert hat?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gab es nach ihrer Kenntnis bis dato auf dem Gelände des Fliegerhorsts Fürstenfeldbruck, nach Auskunft der Bundesregierung besteht hier der Verdacht auf PFC-Kontamination (BT-Drs. 18/5905), Untersuchungen nach Belastungen von Boden und/oder Grundwasser durch per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC), wenn ja, welche Ergebnisse liegen hier vor für PFOS, PFHxS und PFNA im Boden und im Grundwasser, und, wenn nein, sieht die Staatsregierung Handlungsbedarf für entsprechende Untersuchungen im Kontext mit den laufenden Konversionsaktivitäten?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie es möglich sein kann, die Finanzierung des Beitragszuschusses für Kindertagesstätten den Eltern für den Zeitpunkt 01.04.2019 zu versprechen, während längst feststand, dass der Doppelhaushalt 2019/2020 erst im Mai 2019 aufgrund des, auf Vorschlag der Staatsregierung später gesetzten Wahltermins zum 14.10.2018, beschlossen sein konnte, folglich Auszahlungen an die kommunale Ebene frühestens im Juni 2019 und grundsätzlich nicht im versprochenen Zeitraum erfolgen konnten und somit fahrlässig ein finanzieller Engpass seitens der Träger in Kauf genommen wurde, der insbesondere kleine Träger wie Elterninitiativen und freie, mittelgroße Kindertagesstätten in existenzbedrohende Nöte bringt?

Toni Schubert
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Entwicklungsstand haben die geplanten Strukturförderprogramme für Geburtshilfestationen im ländlichen Raum (s. Koalitionsvertrag S. 23) und wie viele Mittel bekommt welches Krankenhaus (bitte nach Höhe und Krankenhaus aufschlüsseln und insbesondere auf die Region Niederbayern eingehen)?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, im Rahmen welcher Förderprogramme (z. B. im Bereich der Städtebauförderung, Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG oder Finanzausgleichsgesetz – FAG) wurde der barrierefreie Ausbau der Bahnhöfe Ingolstadt, Mühldorf a. Inn und Rosenheim gefördert, wie hoch lagen die jeweiligen Förderquoten und wie hoch ist der Zuschuss für Oberzentren allgemein?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Masernfälle gibt es seit Anfang des Jahres 2019 im Freistaat Bayern, wie alt sind die jeweils Betroffenen und wie hoch ist die Masernimpfquote (bitte auflisten nach zweimal geimpften und nur einmal geimpften Menschen)?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Hinblick auf einen Beitrag im Digitalangebot der „Main-Post“ am 26.03/27.03.2019 „Razzia im Alten Hafen: Polizei kontrolliert 137 Jugendliche“ (<https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/-Razzia-im-Alten-Hafen-Polizei-kontrolliert-137-Jugendliche;art-735,10206377>) frage ich die Staatsregierung, welchen polizeilichen Maßnahmen im Einzelnen wurden die 137 Jugendlichen bei dem als „Jugendschutzkontrollen“ bezeichneten Einsatz der Polizei in Würzburg unterzogen (bitte konkrete Angabe nach dem Polizeiaufgabengesetz – PAG), lagen der Polizei konkrete Anhaltspunkte vor, dass von den betroffenen Jugendlichen eine (konkrete) Gefahr ausgeht oder hat die Eingriffsschwelle der „drohenden Gefahr“ dazu geführt, dass die Polizei die Maßnahmen gegen die Jugendlichen ergreifen konnte?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird das Versprühen von Bti als Mückenbekämpfungsmaßnahme am Chiemsee auch 2019, trotz deutlichem Insektenschwunds in Deutschland, genehmigt, auf welchen Studien oder Untersuchungen gründet sich die als Begründung für die Mückenbekämpfung am Chiemsee angegebene Ursachenbeziehung zwischen Tourismuswirtschaft und Mückenpopulation und wie hoch ist der finanzielle Aufwand der staatlichen Unterstützung für diese Mückenbekämpfung?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel sind aus der Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) 2018 und 2019 ausgeschöpft (dementsprechend bitte auch die nicht genutzten Anteile auflisten), in welcher Form wird in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege die Ausschöpfung für die Jahre 2020 und 2021 gestaltet und warum setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene nicht dafür ein, dass die Integrationskurse mit Kinderbetreuung in Bayern ausgebaut werden (bitte die Integrationskurse mit Kinderbetreuung, Ort und Kapazität auflisten)?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit werden die staatlichen Bauämter bei der Überarbeitung der Richtlinien für die Durchführung von Hochbauaufgaben des Freistaates Bayern (kurz: RLBau) beteiligt, werden den staatlichen Bauämtern mehr Kompetenzen eingeräumt und durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, dass die im Koalitionsvertrag gesteckten Klimaschutzziele der Staatsregierung erreicht werden?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie zur Förderung sogenannter Demenzdörfer steht und ob gegebenenfalls wie das konkrete Vorhaben „Hergensweiler Heimelig“ von der Staatsregierung unterstützt wird?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Kriterien, die laut dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ein Ex-

portverbot von Schlachttieren ins Ausland begründen sollen, auch religiös motivierte Schlachtungsmethoden beinhalten, die nicht tierschutzgerecht sind, insbesondere Schächten und wie wird sichergestellt, dass diese Methoden im Zielland nicht trotzdem angewandt werden oder begründen diese religiös motivierten Schlachtungsmethoden im Zielland ein generelles Ausfuhrverbot?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über die aktuellen Schwierigkeiten von Landwirten, Güllelagerbehälter entsprechend den gesetzlichen Vorgaben errichten zu lassen?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Förderung für die einzelnen Frauenhäuser und Notrufe bzw. Beratungsstellen in Bayern für die Jahre 2019 und 2020 nach welchen Kriterien vorgesehen ist, wie die im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 angekündigten Maßnahmen zur Förderungen von Second-Stage-Einrichtungen konkret umgesetzt wird (bitte Orte angeben)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf Pressemeldungen, wonach der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger sich sicher sei, dass das Kraftwerk Zolling als eines der letzten Kraftwerke vom Netz gehen würde, und im Angesicht der Tatsache, dass die Stromproduktion in Zolling in den Jahren von 2015 bis 2018 durchschnittlich jährlich um 10 Prozent gesunken ist – obwohl in diesem Zeitraum in Bayern zwei Atomkraftwerke stillgelegt wurden – und dass das Steinkohlekraftwerk im März dieses Jahres vermutlich nicht mehr als 24 Stunden am Netz war, frage ich die Staatsregierung, wie sie zur oben zitierten Einschätzung kommt, ob es Überlegungen gibt angesichts der sehr hohen CO₂-Emissionen der Stromerzeugung aus Kohle am Standort auf Gas umzustellen oder ob die Staatsregierung der Ansicht ist, dass das Kraftwerk, ähnlich wie Irsching 5, in naher Zukunft vor allem als Reservekraftwerk zum Einsatz kommen wird?

Arif Taşdelen
(SPD)

Im Hinblick auf die Information des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Landtags am 20.03.2019 im Zusammenhang mit dem Bericht über den Münchner Polizeiskandal, dass vor fast einem Jahr ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Polizeibeamte des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd geführt worden sei, die von ihren privaten Handys WhatsApp-Nachrichten – wie Staatsminister Joachim Herrmann sich ausdrückte – „mit gegen Muslime gerichteten volksverhetzenden Inhalten“ verschickt haben, frage ich die Staatsregierung, was waren im Einzelnen diese gegen Muslime gerichteten volksverhetzenden Inhalte, wie viele Personen erhielten die Nachrichten mit gegen Muslime gerichteten volksverhetzenden Inhalten und welche Verwendung findet der Polizeibeamte, gegen den das Ermittlungsverfahren gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt wurde, derzeit im Polizeidienst?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Freistaat Bayern den Verfassungsauftrag aus Art. 131 Abs. 4 Bayerische Verfassung „Die Mädchen und Buben sind außerdem in der Säuglingspflege, Kin-

GRÜNEN)

dererziehung und Hauswirtschaft besonders zu unterweisen“ umgesetzt, wie dieses Bildungs- und Erziehungsziel in den jeweiligen Schularten verankert ist und inwiefern dieses Ziel aus der Sicht der Staatsregierung zur Gestaltung der Gegenwart und Zukunft in einer hoch technisierten und globalisierten Welt beiträgt?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sie auf den Anschlag auf eine Moschee in Christchurch am 15.03.2019 reagiert, welche Position vertritt sie in Bezug auf das Attentat und sind Kommunen und Polizei sensibilisiert, um gegebenenfalls einen ähnlichen Anschlag auf eine Moschee in Bayern zu verhindern?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie die Integration der Bayerischen Oberlandbahn und der Kochelseebahn in den MVV für notwendig, wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt soll das geschehen und wie hoch schätzt die Staatsregierung den Finanzausgleich durch den Freistaat Bayern ein?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit wie vielen Anträgen auf Befreiung vom Rundfunkbeitrag mit Verweis auf § 4 Abs. 1 Satz 7 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, der auch „Empfänger von Pflegegeld nach landesgesetzlichen Vorschriften“ von der Beitragspflicht ausnimmt, rechnet die Staatsregierung, auf welche Höhe schätzt die sie den Rückgang des jährlichen Beitragsaufkommens in Bayern für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und wie bewertet sie die bislang unterschiedliche Anerkennungspraxis von Befreiungsanträgen für Landespflegegeldempfänger durch die Landesrundfunkanstalt?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele bestätigte TBC-Fälle gab es in den Jahren 2015 bis 2018 in Flüchtlings- und Asylunterkünften oder ähnlichen Einrichtungen in den Landkreisen Mühldorf a. Inn, Miesbach, Ebersberg, Rosenheim, in der Stadt Rosenheim, Erding, Traunstein, Altötting und im Berchtesgadener Land (bitte nach Landkreis und monatsgenau auflisten)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Naturschutzgebieten im Landkreis Erlangen-Höchstadt und in der kreisfreien Stadt Erlangen ist der Einsatz von Pestiziden in der Naturschutzgebietsverordnung nicht verboten, welche Kriterien zur waldbwirtschaftlichen Bewirtschaftung gelten in den Naturschutzgebieten und wie hat die die Artenvielfalt (Flora und Fauna) in den Naturschutzgebieten seit deren Einrichtung entwickelt?